

# ***Newsletter***

## ***Inhalt***

<b>Bundeskabinett beschließt Kohleausstiegsgesetz</b>	<b>2</b>
<b>BGH äußert sich zur Kundenanlage – die Erste</b>	<b>3</b>
<b>BGH äußert sich zur Kundenanlage – die Zweite</b>	<b>4</b>
<b>Nationale Wasserstoffstrategie: Erste Details bekannt geworden</b>	<b>6</b>
<b>Folgen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes für die energieintensive Industrie / Ankündigung unseres BEHG-Webinars</b>	<b>7</b>
<b>Veranstaltungen</b>	<b>8</b>
<b>Ihre Ansprechpartner</b>	<b>9</b>
<b>Bestellung und Abbestellung</b>	<b>9</b>

---

## **Bundeskabinett beschließt Kohleausstiegsgesetz**

***Am 29. Januar 2020 hat die Bundesregierung den Entwurf eines "Gesetzes zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze" beschlossen. Hierdurch sollen die maßgeblichen energiepolitischen Empfehlungen der „Kohlekommission“ aus dem vergangenen Jahr umgesetzt werden.***

Das als Kohleausstiegsgesetz bezeichnete Gesetzesvorhaben ist als Artikelgesetz ausgestaltet und umfasst im Wesentlichen das Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) sowie neben Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) auch eine Überarbeitung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG). Ziel des Gesetzes ist es insbesondere, die Verstromung von Kohle in Deutschland bis spätestens Ende des Jahres 2038 schrittweise und möglichst stetig auf null zu reduzieren. Betroffen sind auch Anlagen, welche mit Kohlestaub, z.B. Braunkohlestaub, befeuert werden.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll insbesondere durch Ausschreibungen für die Stilllegung von Steinkohleanlagen erreicht werden, bei denen Betreiber einen sogenannten Steinkohlezuschlag erhalten. Die Reduzierung der Braunkohleverstromung erfolgt maßgeblich auf der Grundlage von Vereinbarungen mit den Anlagenbetreibern. Der Entwurf sieht vor, dass bis Ende 2022 15 Gigawatt (GW), bis Ende 2030 8 GW und bis spätestens Ende 2038 0 GW verbleibende Nettonennleistung Steinkohleanlagen (sog. „Zielniveau“) am Strommarkt vorhanden sind. Bis zum Jahr 2023 soll das Zielniveau durch Ausschreibungen, ab dem Jahr 2024 bis einschließlich 2026 durch Ausschreibungen sowie bei Unterzeichnung durch gesetzlich angeordnete Stilllegungen („gesetzliche Reduzierung“) und ab dem Jahr 2027 ausschließlich durch die gesetzliche Reduzierung erreicht werden. Bei Kleinanlagen mit einer Nettonennleistung bis zu einschließlich 150 Megawatt (MW) darf die gesetzliche Reduzierung jedoch frühestens 2030 angeordnet werden.

Neben dem Gebotswert für die Stilllegung von Kraftwerksleistung, dessen Obergrenze pro Ausschreibungsrunde gesetzlich vorgegeben ist, ermittelt die für die Ausschreibungen verantwortliche Bundesnetzagentur bei Überzeichnung der Ausschreibung für jedes Gebot eine Kennziffer. Diese bestimmt sich aus dem Gebotswert geteilt durch die jährlichen historischen Kohlendioxidemissionen der Steinkohleanlage. Sofern die Anlagen nach Einschätzung der Übertragungsnetzbetreiber ferner netzdienlich sind, wird ein sog. „Netzfaktor“ gebildet, welcher sich ebenfalls auf die Zuschlagsreihenfolge auswirkt.

Die Stilllegung von Braunkohleanlagen mit einer Nettonennleistung größer als 150 MW soll vorzugsweise durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Bundesregierung und den Anlagenbetreibern zu den in einer Anlage zum Gesetz vorgesehenen Zeitpunkten vollzogen werden. Scheitern die Vertragsverhandlungen wird die Bundesregierung bereits jetzt ermächtigt, durch Rechtsverordnung die endgültige Stilllegung der Braunkohleanlagen anzuordnen. Braunkohle-Kleinanlagen mit einer Nettonennleistung kleiner als 150 MW können an den zuvor beschriebenen Ausschreibungen teilnehmen.

---

Darüber hinaus soll das Gesetz eine Verordnungsermächtigung für Ausgleichszahlungen für stromkostenintensive Unternehmen aufgrund angestiegener Börsenstrompreise enthalten.

Gerne unterstützen wir Sie bei der Ermittlung der Auswirkungen des Gesetzes für Ihr Unternehmen und der Erarbeitung möglicher Szenarien zur Teilnahme an den Ausschreibungen sowie weiterer Alternativen. Sprechen Sie uns hierzu gerne an.

Michael H. Küper, Rechtsanwalt, M.Sc., Tel.: +49 211 – 981 5396  
E-Mail: michael.kueper@de.pwc.com

Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 1509  
E-Mail: matthias.stephan@de.pwc.com

## ***BGH äußert sich zur Kundenanlage – die Erste***

***Der Bundesgerichtshof (BGH) hat sich in seiner Entscheidung vom 12. November 2019 (Az.: EnVR 66/18) mit den Voraussetzungen der Einordnung von Energieanlagen als Kundenanlage i.S.d. § 3 Nr. 24a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) auseinandergesetzt. In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt wurden 20 Reihenhäuser, die sich auf einem Grundstück befinden, dezentral durch ein Blockheizkraftwerk mit Strom und Wärme versorgt. Der Netzbetreiber verweigerte indes den Anschluss der Energieanlage als Kundenanlage an das öffentliche Netz.***

Der BGH schloss sich der Vorinstanz an und bejaht das Vorliegen einer Kundenanlage i.S.d. § 3 Nr. 24a EnWG in der zuvor geschilderten Konstellation, wobei der Fokus der Entscheidung ersichtlich auf dem Merkmal der räumlichen Zusammengehörigkeit des Gebietes gemäß § 3 Nr. 24a lit. a) EnWG lag. Es klingt zunächst in der Begründung an, dass die Anforderungen, die das OLG Düsseldorf bislang an diese räumliche Zusammengehörigkeit gestellt hat, zu streng gewesen sind. Jedenfalls liegt nach Auffassung des BGH ein räumlich zusammengehörendes Gebiet auch dann vor, wenn sich die Kundenanlage über mehrere Grundstücke erstreckt und diese so gut wie ausschließlich über die Kundenanlage versorgt werden. Vorausgesetzt, die Grundstücke grenzen aneinander und liegen nicht verstreut und stellen auf diese Weise ein geschlossenes, von den äußeren Grundstücksgrenzen begrenztes Gebiet dar. Dabei sei es unschädlich, wenn ein derart abgegrenztes Gebiet Straßen, vergleichbare öffentliche Räume oder vereinzelte, nicht ins Gewicht fallende andere Grundstücke einschließt, welche nicht durch die Kundenanlage versorgt werden. Bezüglich solcher trennenden Elemente vertrat das OLG Düsseldorf bislang ein wesentlich restriktiveres Verständnis. Weitere Ausführungen dazu werden voraussichtlich der Begründung des Beschlusses in Sachen „Gewoba“ (Az.: EnVR 65/18) zu entnehmen sein.

Vor diesem Hintergrund gelangte der BGH für den hier zugrunde liegenden Sachverhalt zu der Annahme, dass die zwischen den Reihenhäusern liegende öffentliche Verkehrsfläche nicht geeignet ist, die räumliche Zusammengehörigkeit des Gebiets aufzuheben. Das Gebiet ließ sich durch eine feste Grenze nach außen abgrenzen, ohne dass es – abgesehen von der öffentlichen Verkehrsfläche – andere, nicht von der Kundenanlage versorgte

---

Grundstücke umschließt oder von solchen geteilt wurde. Da auch die weiteren Voraussetzungen erfüllt waren, war der BGH der Ansicht, dass die Vorinstanz zu Recht davon ausgegangen war, dass es sich um eine Kundenanlage i.S.d. § 3 Nr. 24a EnWG handelte.

Für Fragen zum Thema Kundenanlagen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Michael Küper, Rechtsanwalt, M.Sc., Tel.: +49 211 – 981 5396

E-Mail: michael.kueper@de.pwc.com

Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 1509

E-Mail: matthias.stephan@de.pwc.com

## ***BGH äußert sich zur Kundenanlage – die Zweite***

***Der BGH hat sich in seinem Beschluss vom 12. November 2019 (Az.: EnVR 65/18) zu den Merkmalen einer Kundenanlage nach § 3 Nr. 24a EnWG geäußert. In dem Verfahren stritt die Antragstellerin, die an zwei Standorten Blockheizkraftwerke errichten und im Rahmen einer Kundenanlage betreiben wollte, mit der Antragsgegnerin um die Einordnung als Kundenanlage nach § 3 Nr. 24a EnWG. Der BGH schloss sich der Auffassung der BNetzA und des Beschwerdegerichts an und verneinte das Vorliegen einer Kundenanlage. Konkret ging es um das Merkmal der Unbedeutsamkeit für den wirksamen und unverfälschten Wettbewerb und um das Kriterium des räumlich zusammenhängenden Gebiets.***

Dabei stellte der BGH insbesondere im Hinblick auf den Begriff des zusammengehörigen Gebietes klar, dass dieser nur eine Art grober Filter sei, der auf die räumliche Zuordnung abstelle. Maßgeblich sei vielmehr, inwieweit die räumlichen Verhältnisse einen konkreten Bezug zu den Regulierungszielen aufwiesen. Es müsse geprüft werden, ob der Anlage ein in bestimmter Art und Weise geprägtes Gebiet zugeordnet sei.

Das Beschwerdegericht hatte ursprünglich überwiegend auf die von außen wahrnehmbare, durch innere Verbundenheit geschaffene, räumliche Gebietseinheit abgestellt und aufgrund einer trennenden Straße die Qualifikation als zusammengehörendes Gebiet abgelehnt. Der BGH erläuterte, die Betriebszugehörigkeit sei für Kundenanlagen zur betrieblichen Eigenversorgung ausschlaggebend, während für Kundenanlagen nach § 3 Nr. 24a lit. a EnWG entscheidend sei, ob das von der Anlage umfasste Gebiet räumlich abgegrenzt und geschlossen sei, so dass sich innerhalb des Gebiets keine Letztverbraucher befänden, zu deren Versorgung weitere Energieanlagen zur Abgabe von Energie eingerichtet oder notwendig seien. Zusätzliche Stromleitungen sollten „weder erforderlich noch sinnvoll möglich“ sein. Dabei sei es unschädlich, wenn vereinzelte, nicht ins Gewicht fallende andere Grundstücke durch das abgegrenzte Gebiet eingeschlossen seien, die nicht durch die Energieanlage versorgt würden. Denn in diesem Fall sei nicht ersichtlich, dass sich auf den anderen Grundstücken Letztverbraucher befänden, die anderweitig versorgt würden. Der BGH sah folglich die Voraussetzungen für ein räumlich zusammengehöriges Gebiet als erfüllt an.

---

Darüber hinaus nahm der BGH das Merkmal der Unbedeutsamkeit der Energieanlage für einen wirksamen und unverfälschten Wettbewerb unter die Lupe, § 3 Nr. 24a lit. c EnWG. Das Gericht stimmte dabei dem Beschwerdegericht zu, dass eine Anlage nicht nur für den Wettbewerb auf Handelsebene, sondern auch auf Netzbetreiberebene unbedeutend sein müsse. Dies ergebe sich aus den Zielen des EnWG. Entgegen der Auffassung des Beschwerdegerichts konstatierte der BGH aber, dass der Wettbewerb um die Netze nicht relevant sei, sondern die Kundenanlage im Hinblick auf die Lage des Netzbetreibers unbedeutend sein müsse.

Die Beurteilung, ob die Anlage für einen solchen Wettbewerb unbedeutend sei, müsse als Gesamtwürdigung anhand folgender Kriterien geschehen: Anzahl der Letztverbraucher, geografische Ausdehnung, durchgeleitete Energie, aber auch andere Merkmale wie weitere angeschlossene Kundenanlagen oder die Vertragsgestaltung könnten berücksichtigt werden.

Eine Kundenanlage sei für den Wettbewerb unbedeutend, wenn die Ziele des EnWG nicht beeinträchtigt würden, sofern das als Kundenanlage betriebene System der Stromleitungen nicht reguliert sei. Insbesondere das Prinzip der Trennung von Erzeugung und Versorgung müsse berücksichtigt werden. Eine Kundenanlage dürfe weder in technischer oder wirtschaftlicher noch in versorgungsrechtlicher Hinsicht Einfluss auf den Versorgungswettbewerb und die durch Regulierung bestimmte Lage des Netzbetreibers haben. Die Feststellungslast hierfür liege beim Anlagenbetreiber. Entscheidend sei für eine Kundenanlage, dass die Leitung nur dem Zugang der unmittelbar angeschlossenen Letztverbraucher an das eigentliche Netz diene. Sobald der Rahmen der bloßen Zugangsgewährleistung überschritten sei, gelte die Anlage als bedeutend für den Wettbewerb.

Im Regelfall sei keine Unbedeutsamkeit für den Wettbewerb mehr anzunehmen, wenn mehrere Hundert Letztverbraucher angeschlossen seien, die Anlage deutlich mehr als 10.000 m<sup>2</sup> versorge, die jährliche Menge der durchgeleiteten Energie prognostisch 1.000 Megawatt (MW) übersteige und mehrere Gebäude angeschlossen seien. Sollten einige dieser Merkmale bei der Prüfung unterschritten werden, so spreche dies grundsätzlich für eine Unbedeutsamkeit für den Wettbewerb. Abweichende Einzelfälle blieben jedoch möglich. Ein Vergleich mit den in Deutschland insgesamt gehandelten und verbrauchten Strommengen sei abzulehnen, auch die Überprüfung mittels einer Spürbarkeitsschwelle im Verhältnis zum vorgelagerten Netzbetreiber sei nicht erforderlich.

Für Fragen zum Thema Kundenanlagen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Michael Küper, Rechtsanwalt, M.Sc., Tel.: +49 211 – 981 5396  
E-Mail: michael.kueper@de.pwc.com

Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 1509  
E-Mail: matthias.stephan@de.pwc.com

---

## **Nationale Wasserstoffstrategie: Erste Details bekannt geworden**

***Eigentlich hat die Bundesregierung die Veröffentlichung der nationalen Wasserstoffstrategie („NWS“) bereits Ende des vergangenen Jahres angekündigt. Während das Papier sich jedoch weiterhin in der Ressortabstimmung befindet und ein genauer Veröffentlichungszeitpunkt noch nicht verkündet wurde, wurden zuletzt erste Details der Strategie des Bundeswirtschaftsministeriums bekannt. Das Kernstück des 21 Seiten starken Entwurfs ist ein 35 Maßnahmen umfassender Aktionsplan.***

Aus dem Entwurf geht hervor, dass die Bundesregierung einen zügigen Markthochlauf anstrebt und hierbei nicht nur auf „grünen“ Wasserstoff, sondern aus ökonomischen Gründen auch auf „blauen“ Wasserstoff setzt. Aus Sicht der Bundesregierung soll blauer Wasserstoff, dessen Erzeugung mit einem CO<sub>2</sub>-Abscheidungs- und -Speicherungsverfahren gekoppelt wird, ebenfalls als CO<sub>2</sub>-frei gelten, auch wenn dieser im engeren Sinne nur CO<sub>2</sub>-neutral ist.

Die im Aktionsplan skizzierten Maßnahmen sollen die erste Phase der NWS darstellen, mit welchem bis zum Jahr 2023 der Markthochlauf erreicht werden soll. Der Plan ist dabei untergliedert in die Bereiche „Erzeugung“, „Anwendung“, „Infrastruktur/Versorgung“, „Forschung, Bildung und Innovation“, „Europäischer Handlungsbedarf“ sowie „Internationaler Handlungsbedarf“. Der Entwurf sieht vor, dass bestehende Förderprogramme erweitert bzw. neue Förderprogramme geschaffen werden sollen. Auch eine Reform der staatlich induzierten Preisbestandteile soll geprüft werden und noch im Jahr 2020 Regelungen für die Industrie erlassen werden. Industriespezifisch soll es zusätzliche Fördermaßnahmen in Höhe von voraussichtlich 650 Mio. Euro (in den Jahren 2020 – 2024) geben. Diese Förderungen sollen die Kosten ausgleichen, die durch den Einsatz von Wasserstofftechnologien entstanden sind, aber aufgrund der internationalen Wettbewerbssituation nicht (vollständig) an den Kunden weitergegeben werden können. Ferner soll es vor allem mit der energieintensiven Industrie branchenspezifische Dialogformate zur langfristigen Dekarbonisierung geben.

Für den Verkehrssektor dürfte insbesondere die angekündigte zeitnahe Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED II) und die damit einhergehende Anrechnung des Einsatzes von CO<sub>2</sub>-freiem (also auch „blauen“) Wasserstoff bei der Herstellung von konventionellen Kraftstoffen auf die Treibhausgasminderungsquote von Interesse sein.

Auch soll der nationale und europäische Rechtsrahmen auf die Möglichkeit der wirtschaftlichen Umsetzung eines großskaligen Roll-Outs von Anwendungen zu Erzeugung, Speicherung, Transport und Nutzung von Wasserstoff sowie die Umsetzung entsprechender Geschäftsmodelle überprüft werden.

Gerne stehen wir Ihnen für Fragen zur nationalen Wasserstoffstrategie zur Verfügung und erörtern mit Ihnen geeignete Dekarbonisierungsstrategien sowie den wirtschaftlichen Einsatz von Wasserstoff in Ihrem Unternehmen.

Matthias Stephan, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 1509  
E-Mail: [matthias.stephan@de.pwc.com](mailto:matthias.stephan@de.pwc.com)

---

## ***Folgen des Brennstoffemissionshandels- gesetzes für die energieintensive Industrie / Ankündigung unseres BEHG- Webinars***

***Das Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) ist am 20. Dezember 2019 in Kraft getreten und sieht vor, dass sog. Inverkehrbringer von Brennstoffen ab 2021 an einem nationalen Emissionshandelssystem teilnehmen müssen. Die entsprechenden Verantwortlichen müssen für die Emissionen der in Verkehr gebrachten Brennstoffe Zertifikate erwerben und abgeben.***

Die Einführung des nationalen Emissionshandels stellt mit einem geschätzten jährlichen Volumen von fast 10 Mrd. € eine der kostenintensivsten staatlichen Lenkungsmaßnahmen im Energiemarkt seit Einführung der Ökosteuer im Jahr 1999 dar. Der damit verbundene administrative Aufwand sowie die absehbaren wirtschaftlichen Folgen werden viele energieintensive Unternehmen massiv herausfordern.

Diese Folgen sind bislang nur wenigen Unternehmen und Branchenverbänden bewusst. Dies mag damit zusammenhängen, dass die Details des nationalen Emissionshandels und etwaige Ausnahmen zugunsten der energieintensiven Unternehmen erst noch durch zahlreiche Rechtsverordnungen konkretisiert werden sollen. Doch bereits heute steht fest, dass die Brennstoffpreise bedeutend steigen werden – beispielsweise wird der Anteil der CO<sub>2</sub>-Bepreisung am Brennstoffpreis für Erdgas im Jahr 2025 mindestens 50 % ausmachen – und die EEG-Umlage im Gegenzug in spürbarem Ausmaß sinken soll.

Die damit einhergehenden Auswirkungen etwa auf (neue) Meldepflichten der Unternehmen, die Wirtschaftlichkeit von Eigenversorgungslösungen oder die Stromkostenintensität privilegierter Unternehmen i.S.d. Besonderen Ausgleichsregelung sollten daher unbedingt vor Beginn des nationalen Emissionshandels geprüft werden. So können gegebenenfalls frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen und die neueingeführten Ausnahmeregelungen für betroffene Unternehmen in Anspruch genommen werden.

Inwieweit Sie direkt oder indirekt vom BEHG und somit dem nationalen Emissionshandel betroffen sind und wie hoch die neue Kostenbelastung aus ebendiesem sein wird, erfahren Sie in unserem **Webinar am 20. März 2020 von 10:30 Uhr bis 11:30 Uhr**. In diesem Zusammenhang zeigen wir Ihnen den gesetzlichen Rahmen und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Konsequenzen für Ihr Unternehmen auf, geben Ihnen Hilfestellung, wie Sie sich vorbereiten können und beantworten gerne Ihre offenen Fragen. Die Anmeldung zum Webinar ist ab sofort unter dem Link [www.pwc-events.com/BEHG](http://www.pwc-events.com/BEHG) möglich.

Sofern Sie in diesem Kontext Fragen haben oder Unterstützung bei der Prüfung etwaiger Folgen durch das BEHG benötigen, stehen wir gern zur Verfügung.

Dr. Daniel Callejon, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 2194  
E-Mail: [daniel.callejon@de.pwc.com](mailto:daniel.callejon@de.pwc.com)

Madlien Priemer, Energy Consulting, Tel.: +49 211 – 981 2585  
E-Mail: [madlien.priemer@de.pwc.com](mailto:madlien.priemer@de.pwc.com)

---

## ***Veranstaltungen***

### ***Seminar „Richtige Antragstellung nach §§ 63 ff. EEG 2017“***

Wir möchten Sie auf unserem Tagesseminar (09:00-17:00 Uhr) kompakt und umfassend zu den Anforderungen des Antragsjahrs 2020 informieren, so dass Sie optimal vorbereitet in die nächste Antragsrunde gehen können. Nutzen Sie darüber hinaus auch die Gelegenheit, Ihre Fragen rund um das Thema mit unseren Experten zu diskutieren.

Termine:

**17. März 2020 in Frankfurt** (Anmeldeschluss: 03. März 2020)

Nähere Informationen zu der Veranstaltung, den Referenten sowie den Anmeldemodalitäten finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://www.pwc-events.com/antragstellung>.

Bei Fragen zum Thema und zur Veranstaltung für Sie da:

Dr. Daniel Callejon, Rechtsanwalt, Tel.: +49 211 – 981 2194

E-Mail: [daniel.callejon@de.pwc.com](mailto:daniel.callejon@de.pwc.com)



---

## Ihre Ansprechpartner

RA Michael H. Küper  
Düsseldorf  
+49 211 981-5396  
[michael.kueper@de.pwc.com](mailto:michael.kueper@de.pwc.com)

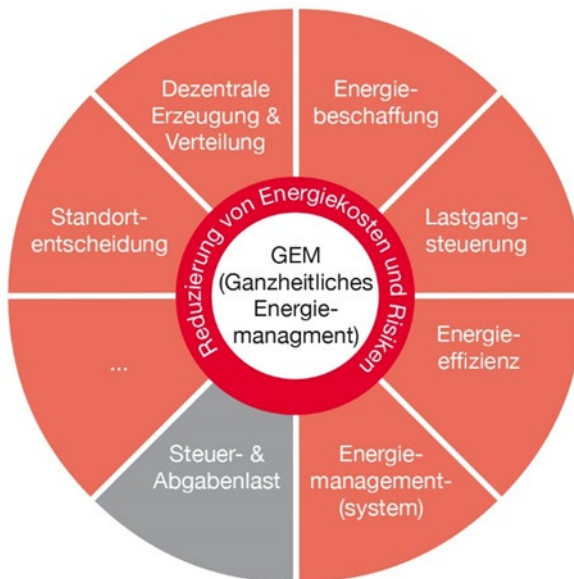
RA Peter Mussaeus  
Düsseldorf  
+49 211 981-4930  
[peter.mussaeus@de.pwc.com](mailto:peter.mussaeus@de.pwc.com)

RA Christoph Fabritius  
Düsseldorf  
Tel.: +49 211 981-4742  
[christoph.fabritius@de.pwc.com](mailto:christoph.fabritius@de.pwc.com)

## Bestellung und Abbestellung

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen* bestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Bestellung" an [subscribe\\_energieintensive\\_unternehmen@de.pwc.com](mailto:subscribe_energieintensive_unternehmen@de.pwc.com).

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen* abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile "Abbestellung" an [unsubscribe\\_energieintensive\\_unternehmen@de.pwc.com](mailto:unsubscribe_energieintensive_unternehmen@de.pwc.com).



Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Januar 2020 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten. „PwC Legal“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.